

6-Punkte-Programm für Liechtenstein

Ergebnisse der Winter-Workshops 2011 der FBP

Halbjährlich treffen sich die Mitglieder des FBP-Parteipräsidiums sowie der FBP-Landtagsfraktion zu Workshops, um die politischen Schwerpunkte für die folgende Jahreshälfte zu erarbeiten und als 6-Punkte-Programm festzuhalten. Dabei bauen wir jeweils auf den vorangegangenen Dokumenten auf und ersetzen erfüllte Programmpunkte durch neue Themen.

Das vorliegende 6-Punkte-Programm ist das Ergebnis der Workshops von Januar/Februar 2011. Grundlage bildet auch für dieses 6-Punkte-Programm das Parteiprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei, welches vom Parteitag anlässlich der Landtagswahlen 2009 genehmigt wurde.

1. Prävention

Anlässlich einer Veranstaltung der „Frauen in der FBP“ zum Thema „Brustkrebsvorsorge“ wurden wir mit erschreckenden Fakten konfrontiert. So konnte festgestellt werden, dass in unseren Breitengraden die Brustkrebsmortalität mit an der traurigen Spitze Europas rangiert. Das heisst nichts anderes, als das in Liechtenstein wie in der Schweiz die Gefahr für Frauen, an Brustkrebs zu sterben, weit über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Die im Vortrag vom Spezialisten präsentierten Zahlen belegen, dass die wirksamste Massnahme gegen dieses Faktum Mammographie Screening Programme sind, welche Frauen nach bestimmten Kriterien erfassen und diese zu gezielten Mammographie-Untersuchungen einladen. Ziele von diesen Screening-Programmen sind die Senkung der Mortalität, der Gewinn von sonst verlorenen gesunden Lebensjahren, weniger grosse chirurgische Eingriffe bis zur Brustentfernung und damit verbundener Rekonstruktion und - ganz wesentlich - weniger Leid für Patientinnen und deren Familien.

Wir versprechen uns von dieser präventiven Massnahme auch kostenseitige Vorteile, da die Screening Programme sich günstiger gestalten als grosse Operationen und Therapien.

Da Liechtenstein zu klein ist beziehungsweise der Aufwand zu gross wäre, im eigenen Land ein eigenes Mammographie Screening Programm anzubieten, soll geprüft werden, ob und wie sich unser Land am Mammographie Screening Programm des Kantons St. Gallen anschliessen kann.

Die FBP wird sich für diesen Weg stark machen, um den Frauen und deren Familien in Liechtenstein die Möglichkeit zu geben, hier durch Prävention viel Leid zu verhindern.

2. Sozialpolitik

Wir sind uns in Liechtenstein weitgehend einig darin, dass wir in den kommenden Jahren den Gürtel enger schnallen und unser Ausgabengebahren in Zukunft ändern müssen. Zu einer wesentlichen Aufgabe der Sparbemühungen gehört zu untersuchen, wo Gelder unberechtigt und nicht gesetzeskonform konsumiert werden. Wenn soziale Leistungen vom Leistungsempfänger wissentlich ungerechtfertigt bezogen werden, spricht man von Sozialmissbrauch.

Die FBP will in Erfahrung bringen, wo solche Missbräuche stattfinden oder stattfinden könnten, wo solche bekannt sind oder vermutet werden, wie diesen Missbräuchen begegnet werden kann und wo allenfalls Hürden zu beseitigen sind, um diese Missbräuche aufzudecken.

Wir versprechen uns von diesen Massnahmen eine deutliche Kostenersparnis für den Staat, da es nicht angehen kann, dass die Steuer- und Abgabenzahler Leistungen bezahlen, die ungerechtfertigt bezogen werden. Diese Untersuchung der Geldflüsse zu sozialen Zwecken muss aber immer im Respekt vor denjenigen Menschen erfolgen, die Leistungen berechtigt beziehen.

3. Schulstandorte

In Liechtenstein haben sich verschiedene Schulzentren bzw. Schulstandorte etabliert, fünf im Liechtensteiner Oberland und eines im Liechtensteiner Unterland. Um über Fragen der weiteren Schulstandort-Entwicklung (Sanierungen, Anbauten, Neubauten) entscheiden zu können, muss vom Ressort Bildung der Regierung ein Gesamtkonzept erstellt werden, das die Entwicklung der Schulstandorte im Einklang mit der Schulsystem-Entwicklung abstimmt. Einzelentscheidungen schaffen Zwänge und Tatsachen, die für die Gesamtentwicklung der Schulstandorte hinderlich, sehr teure Insellösungen und somit nicht nachhaltig sind. Ein Faktum beispielsweise ist, dass die weiterführende Schule in Balzers saniert werden muss. Es stehen überdies weitere Fragen zur Entscheidung an: Betreffend dem Schulstandort Realschule St. Elisabeth in Schaan steht die Forderung einer Sanierung im Raum, betreffend dem Schulzentrum Unterland II liegt immer noch ein vom Landtag genehmigter Kredit vor, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Mit Schulstandortfragen sind zugleich Schulentwicklungsfragen angesprochen, sei dies im Kontext der Sportschule, einem möglichen Untergymnasium im Liechtensteiner Unterland, einer Wiedereinführung und Rückführung der 6. Primarschulklasse in die Gemeinden usw.. Wir fordern die Regierung auf, dass sie in ein Gesamtkonzept zur Entwicklung der Schulstandorte im Kontext der Schulsystem-Entwicklung im Fürstentum Liechtenstein“ erstellt.

4. Energiepolitik

Die Energiepolitik Liechtensteins hat die zwei Bereiche Strom- und Wärmegewinnung zu berücksichtigen. Ziel liechtensteinischer Energiepolitik ist und bleibt die Steigerung des Eigenversorgungsgrades für beide Bereiche. Diesbezüglich ist die FBP der Ansicht, dass das Land Liechtenstein die Hoheit und Verantwortung über die Energiegewinnung inne haben muss.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine undurchdachte Förderung einzelner Energieformen die Zielgenauigkeit von Fördergeldern negativ beeinflussen kann. In diesem Zusammenhang ist es von zentraler Bedeutung, dass wir uns mit der Frage auseinandersetzen, welchen Energiemix wir in 20 Jahren haben wollen.

Hier stellt sich unter anderem auch die Frage, wie wir den Förderfranken am effektivsten einsetzen und so möglichst viel mit den eingesetzten Geldern erreichen können.

Die FBP will von der Regierung ein klares Konzept und eine Strategie. Hier gilt es insbesondere auch die Rolle der einzelnen Akteure wie LKW, LGV und anderen zu

berücksichtigen, damit die langfristigen Interessen und Bedürfnisse der Konsumenten ebenfalls in das Konzept einfließen.

Vom Energiekonzept der Regierung erwarten wir, dass es die Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Strom- und Wärmegewinnung bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit beinhaltet.

5. Marke Liechtenstein

Im Jahr 2004 wurde als eine Antwort auf das in Schiefelage geratene Liechtenstein-Bild im Ausland die Marke Liechtenstein ins Leben gerufen. Die Einführung der Marke spaltete die Gemüter in verschiedene Lager. Auf jeden Fall gab die neue Marke, welche unserem Land ein Gesicht verleihen und die vielen Aspekte, aus welchen sich der Staat zusammensetzt, verkörpern sollte, viel zu reden. In der Zwischenzeit wurde die Marke über verschiedene Träger transportiert und kommuniziert: Auf Briefmarken und an Ortseinfahrten, auf Schirmen, Kugelschreibern, Krawatten, auf Druckerzeugnissen, im Internet, auf Taschenmessern, auf Flaggen und Bannern und vielen anderen Trägern. Auch bei Grossanlässen, allen voran an der Expo in Shanghai, wurde mit der Marke Liechtenstein sympathisch für unser Land geworben. Nicht zuletzt entspricht das Liechtenstein Center in Vaduz dem Markenauftritt Liechtensteins.

Es wurde also viel investiert in den Auftritt Liechtensteins und langsam setzt sich die Marke durch. Entsprechend erstaunlich ist es zu vernehmen, dass der Regierungschef plant, die Marke Liechtenstein durch eine neue Marke zu ersetzen.

In Zeiten des Sparkurses, ist es nicht angebracht, völlig unnötig eine neue Marke aufzulegen. Vielmehr sollten wir den bereits beschrittenen Pfad der Marke Liechtenstein konsequent weitergehen und das Markenbild in den Köpfen der Betrachter festigen.

6. Wirtschaftspolitik

Liechtensteins Wirtschaft lebt vom Export. Gerade für KMU's ist der Schritt vom lokalen Anbieter hin zum globalen Nischenplayer schwierig. Die Fortschrittliche Bürgerpartei fordert deshalb, dass KMU's bei ihren Wachstumsbestrebungen unterstützt werden. Eine konkrete Hilfestellung bei Exportschwierigkeiten soll durch das Amt für Volkswirtschaft wahrgenommen werden.

Damit die Regulierungsdichte für KMUs nicht unnötig erweitert wird, fordern wir, dass in Zukunft bei allen Berichten und Anträgen an den Landtag auch die Auswirkungen auf die KMU's dargestellt werden.

Des Weiteren fordert die Fortschrittliche Bürgerpartei von der Regierung aktive Schritte zu unternehmen, um im Inland wertschöpfungsintensive Betriebe anzusiedeln. Dadurch können Steuereinnahmen generiert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Weltweit tätige Liechtensteiner Unternehmen sollen auch im Ausland auf die Unterstützung unseres Landes zählen können. Aus diesem Grunde soll die Regierung den weiteren Aufbau eines Honorarkonsularwesens in Ländern mit grossem Potential an Wirtschaftswachstum und an für unsere Industriebetriebe wichtigen Standorten prüfen.

Vaduz, im März 2011